

aktuelle

frankreich

analysen

Nr. 5 · Dezember 1996

Zeitbombe Bildungssystem:

Hoffnung auf Reformen?

von Robert Picht

Politische Brisanz der
Bildungspolitik

Instrumente der Bildungsreform:
öffentliche Debatte und Politik
der kleinen Schritte

Jugendarbeitslosigkeit

Bildungspolitische Maßnahmen
gegen soziale Ausgrenzung

Berufliche Bildung und Ausbil-
dung

Massenuniversitäten: vom
Ersticken bedroht?

Zeitbombe Bildungssystem:

Hoffnung auf Reformen?

Anders als zur Zeit noch in Deutschland gelten in Frankreich Probleme der Bildungspolitik und der Bildungsreform als hochpolitische Fragen von nationaler Tragweite. Lebenschancen, Einkommen, Hierarchien und Machtverhältnisse sind auf allen Ebenen weitgehend durch die Diplome des zentralistischen Bildungssystems geprägt.

Für die meisten Franzosen stellt schulische Qualifikation in der Jugend deshalb unwiderruflich die Weichen für den weiteren Lebensweg. Soziale Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit werden immer zugleich als Versagen des Bildungswesens erfahren. Krisen des Bildungssystems wirken unmittelbar als Krisen der ganzen Gesellschaft.

Politische Brisanz der Bildungspolitik

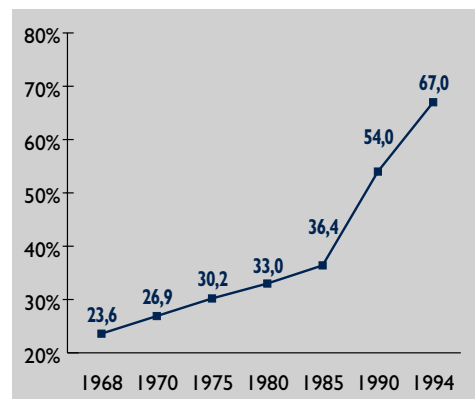
Das Bildungswesen erweist sich deshalb immer wieder als besonders explosiver Bereich französischer Politik. Mai 1968, als eine zunächst kaum organisierte Bewegung linksextremer studentischer Randgruppen de Gaulles Fünfte Republik ins Wanken brachte, ist unvergessen. Die anschließende Hochschulreform Edgar Faures konnte die Probleme der Massenuniversität nur verlagern, nicht lösen.

Seitdem sind die Schüler- und Studentenzahlen und mit ihnen das Bildungsbudget immer weiter angewachsen. Ständig wurden neue Bildungs- und Ausbildungsgänge hinzugefügt. So stieg der Anteil der Bildungsausgaben am Brutto-sozialprodukt zwischen 1974 und 1994 von 6,3 auf 7,3 Prozent.¹ Sie sind mit jährlich 2,8 Prozent kontinuierlich schneller gewachsen als die Wirtschaft. Nach OECD-Erhebungen lagen 1992 die

französischen Bildungsausgaben mit damals 5,9 Prozent des Brutto-sozialprodukts deutlich über den deutschen von 4,9 Prozent.² 91,2 Prozent der 1994 insgesamt 565 Milliarden FF werden aus öffentlichen Mitteln erbracht.

Gewachsen ist insbesondere der

Abbildung: Anteil der Abiturienten (Schüler in Abschlußklassen in Prozent des jeweiligen Jahrgangs)



Quelle: Alternatives économiques, Nr. 131, Nov. 1995, S. 23

Hochschulbereich. Die Studentenzahlen sind seit 1975 um 82,9 Prozent gestiegen, die Ausgaben für den Hochschulbereich im gleichen Zeitraum um 86,5 Prozent. Die Kosten pro Student lagen 1992

¹ Siehe, wenn nicht anders angegeben: Ministère de l'Éducation Nationale: L'Etat de l'École, Paris, Nr.5, Oktober 1995.

² Vgl. European Commission: Key data on education in the European Union, Brüssel 1996, S. 71.

mit 6.020 Dollar jährlich etwas unter den deutschen von 6.550 Dollar (in Japan und den Vereinigten Staaten betragen sie dagegen 11.850 und 11.880, in Großbritannien sogar 15.060 Dollar). 96 Prozent der Absolventen eines allgemeinbildenden oder technologischen Bacclauréats besuchen anschließend eine Hochschule (zu den Ausfallquoten siehe unten). Zwischen 1982 und 1993 stieg der Anteil des Hochschulbesuchs in der Alterklasse von 19 bis 21 Jahren von 19 auf 36 Prozent.

Aufgrund der hohen politischen Priorität des Bildungswesens war Expansion also möglich. Aber alle Versuche zu einschneidenden Reformmaßnahmen blieben stecken. Mitterrands umstrittener Versuch einer stärkeren Einbindung der

(weitgehend katholischen) Privatschulen in das öffentliche Schulwesen unter linken Vorzeichen zerbrach 1984 an Massendemonstrationen. Nicht anders erging es 1986 - unter Regierungsverantwortung Chiracs - der Initiative des Ministers für Hochschule und Forschung, Alain Devaquet, den Zugang zu den überfüllten Universitäten durch vorsichtige Auslese der Studenten zu kanalisieren. Ähnlich scheiterten seitdem alle weiteren Versuche, an die Besitzstände einer hypertroph gewordenen Institution zu rühren: Reizworte wie »sélection« (Auslese) genügen, um Studenten wie auch Lehrer- und Hochschullehrerverbände auf die Straße zu treiben; Bildungsreform gilt in allen Parteien als politisches Himmelfahrtskommando.

Angesichts dramatischer Jugendarbeitslosigkeit und der mit ihr verbundenen allgemeinen Verunsicherung der Familien, explosiven sozialen Spannungen in den Problemzonen der Vorstädte und einer nicht mehr finanzierbaren Fehlleitung von Ressourcen insbesondere im Universitätsbereich ist der Status quo ebenso unerträglich und politisch riskant geworden wie die waldbrandähnlich um sich greifenden Proteste der jeweils Betroffenen und ihrer Sympathisanten. Neue Wege müssen gefunden werden, um die Blockierungen zu überwinden.

Im Präsidentschaftswahlkampf 1995 erzielte Jacques Chirac den Durchbruch durch heftige Angriffe auf das - wie er selbst - aus Elitehochschulen hervorgegangene technokratische Establishment und durch das Versprechen, die soziale Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen der wachsenden Zahl der Ausgeschlossenen und dem abgeschirmten Teil der Gesellschaft nicht nur offen

beim Namen zu nennen, sondern energische Maßnahmen zu deren Überbrückung zu ergreifen. »Exclusion« (Ausgrenzung) wurde zum Schlüsselbegriff des Wahlkampfes. Wegen der bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung zentralen Rolle von Bildung und Ausbildung verhiess Chirac zugleich, er werde der Präsident sein, der die überfälligen Reformen durchsetzen könne. Chirac kündigte ein Referendum zur Umgestaltung des Bildungswesens an.

Zunächst allerdings kam es anders. Angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte und unter dem Druck der Maastricht-Kriterien begann die Regierung Juppé einen harten Sparkurs mit

Herausforderungen der Bildungspolitik: Chiracs Suche nach Reformen

Einschnitten in Besitzstände des öffentlichen Dienstes und in das soziale Netz. Folge waren die großen Streiks im Spätherbst 1995. An diesen Streiks beteiligten sich in ganz Frankreich auch Schüler, Studenten und Lehrkräfte: sie

forderten mehr Geld und Stellen für die überfüllten Schulen und insbesondere für die Universitäten. Kein heißer Herbst ohne Massendemonstrationen aus dem Bildungswesen: muß also auch unter Chirac alles beim alten bleiben?

Instrumente der Bildungsreform: öffentliche Debatte und Politik der kleinen Schritte

Die Prioritäten sind klar: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; bessere Qualifizierung von Lehre und Forschung für den internationalen Wettbewerb, deshalb mehr Effizienz an den Hochschulen. Aber Bildungsreform läßt sich auch in Frankreich nicht einfach von oben dekretieren. Es müssen Wege gefunden werden, um die politischen Blockierungen zu überwinden und die Unterstützung der Betroffenen

und der Öffentlichkeit zu gewinnen. Chiracs Ankündigung eines Referendums zur Bildungsreform ist Teil einer solchen Strategie. Allerdings ist höchst fraglich, wie eine Volksbefragung zur Stärkung der Regierungsautorität in einem so komplexen Bereich zu gestalten ist. Zur Anregung der öffentlichen Diskussion und zur Vorbereitung eines eventuellen Referendums setzte die Regierung Juppé deshalb im September 1995 eine unabhängige Kommission ein. Zum Präsidenten dieser Kommission wurde der frühere Industrieminister und ehemalige Präsident, heute Ehrenpräsident des Industriekonzerns Saint-Gobain, Roger Fauroux ernannt.

Der Fauroux-Bericht

Die Kommission bestand aus zwanzig Persönlichkeiten aus Schule, Hochschule, Wirtschaft, Medien, Kultur, darunter auch einem Deutschen, Wolf Lepenies, dem Rektor des Berliner Wissenschaftskollegs. Sie führte umfangreiche Konsultationen, Besichtigungen in Frankreich und im Ausland und vom Fernsehen übertragene öffentliche Debatten durch.

teten eine Infragestellung der sakrosankten Gleichheitsprinzipien in der seit den siebziger Jahren gesamtschular-tig vereinheitlichten Sekundarstufe 1, höhere Anforderungen an die Lehrer durch Einführung einer in Frankreich bis heute nicht üblichen Zwei-Fächer-Qualifikation und für die Universitäten das Schreckenswort »Auslese«. Der linke Studentenverband UNEF-ID erklärte: »Jede Seite dieses Berichts verdient einen Generalstreik.«³ Die endgültige Fassung des Fauroux-Berichtes wurde im Juni 1996 als Buch vorgelegt.⁴ In - gemessen an der politischen Aufregung zu den Gerüchten vor seiner Veröffentlichung - betont ruhigem Ton wird eine umfassende Bestandsaufnahme vorgelegt, die den gegenwärtigen Stand des französischen

Gezielte Indiskretionen lösten schon vor Erscheinen des Berichts heftige Reaktionen von Lehrerverbänden und anderen Interessengruppen aus. Sie fürch-

³ Le Figaro, 13./14.4.96, S. 9.

⁴ Fauroux, Roger: Pour l'Ecole, Paris: Calmann-Lévy/La Documentation Française 1996.

Bildungswesens an seinen traditionellen und seinen künftigen Aufgaben mißt. Hieraus ergibt sich eine distanzierte, in Hinblick auf die vielfältigen politischen und finanziellen Schwierigkeiten zum Teil bewußt naive Sicht. Wie wir unten an den wichtigsten Problembereichen darstellen werden, sagt der Fauroux-Bericht,

was zu tun wäre, um Frankreichs kulturelle Identität zu erhalten und es zugleich auf die neuen Anforderungen des Weltmarkts vorzubereiten; er hält sich aber nicht bei der Frage auf, weshalb dies so schwierig ist. Er will damit Maßstäbe setzen, an denen alle weitere Politik zu messen wäre.

Ganz anders verfährt der Erziehungsminister. Er hatte dieses Amt schon in der Regierung Balladur seit 1993 inne und hat es verstanden, alle Krisen und Protestbewegungen unbeschadet zu überstehen. Sein Vorgehen ist pragmatisch und sucht breite Konsultationen unter Einbeziehung aller Interessengruppen wie zuletzt im Sommer 1996 bei den sogenannten »Generalständen der Universität«. Punktuelle Maßnahmen erfolgen nur dort, wo diese vorzudringlich und realisierbar erscheinen. Bayrou konzentriert sich seit Frühjahr 1996 auf den Universitätsbereich, während Fauroux aus umfassender Sicht die zentrale Rolle der Schule betont.

Politisch besteht zwischen beiden Ansätzen idealiter Komplementarität aber auch eine deutliche Rivalität. Jacques Chirac drängt aus dem Elysée gelegentlich auf Eile und Dynamik, scheut sich aber zugleich, im Bildungswesen zusätzlich zu allen anderen Schwierigkeiten

der Regierung Juppé eine weitere Konfliktfront zu eröffnen. Bayrou selbst hat politische Ambitionen, die weit über den Erziehungsbereich hinausgehen, will sich also nicht die Finger verbrennen. Der Fauroux-Bericht wird deshalb von offizieller Seite zur Zeit kaum weiter diskutiert. In praxi erfolgt französische Bildungspolitik also äußerst vorsichtig und pragmatisch. Gemeinsam sind dem Fauroux-Bericht, der Vorgehensweise der Regierung und der öffentlichen Debatte aber das Bewußtsein für den hohen Stellenwert von Bildungspolitik und für die Problembereiche, die nicht in ihrem bisherigen Zustand belassen werden können. In ihnen bündeln sich die Fehlentwicklungen, aber auch die Erneuerungschancen des französischen Bildungswesens.

Frankreichs Arbeitslosigkeit ist mitzur Zeit 12,6 Prozent weiterhin ebenso hoch wie die anderer vergleichbarer europäischer Länder. Erschreckend hoch und - gerade im Vergleich zu Deutschland - eine französische Besonderheit (nur Italien, Finnland und Spanien haben unter anderen Verhältnissen vergleichbare Zahlen)⁵ ist der

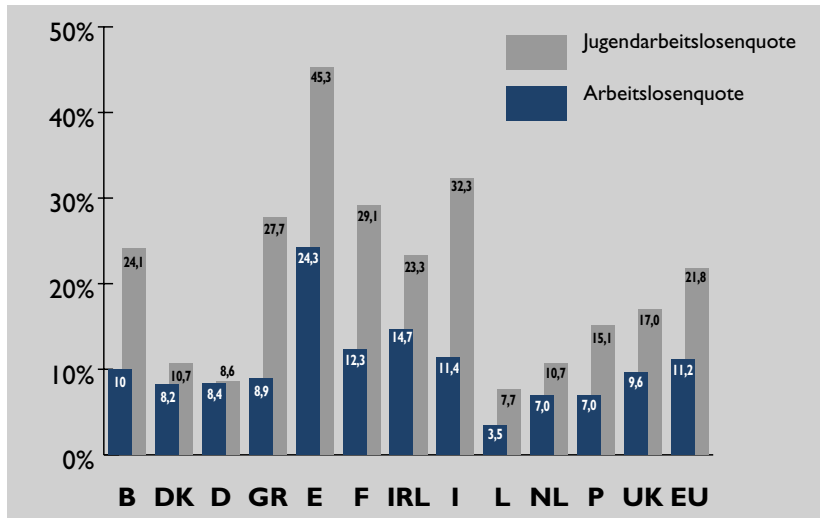
Anteil von jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren. Diese hat trotz aller Maßnahmen gegenüber 1985 sogar noch immer weiter zugenommen und liegt heu-

Vorsichtiger Pragmatismus des Erziehungsministers Bayrou

Jugendarbeitslosigkeit

⁵ Vgl. European Commission: Employment in Europe 1995, Brüssel 1995, S. 69, Tabelle 71.

Abbildung: Jugendarbeitslosigkeit in EU-Ländern



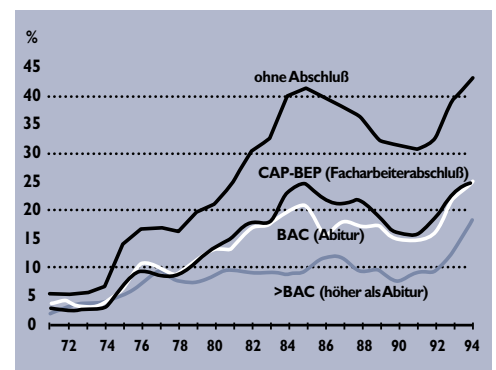
Quelle: Europäische Kommission: Jahreswirtschaftsbericht 1996, Europäische Wirtschaft Nr. 61, 1996, S.32

te mit 600 000 bei ca. 20 Prozent der auf den Arbeitsmarkt drängenden, also das Bildungssystem verlassenden Jugendlichen (Deutschland 6 Prozent). Um das wahre Ausmaß von Jugendarbeitslosigkeit zu erfassen, müsste man zusätzlich all die hinzurechnen, die immer länger in problematischen Ausbildungsgängen verharren, an Überbrückungsprogrammen teilnehmen oder nur prekäre Jobs auf Zeit innehaben. Der Wirtschaftswissenschaftler Pascal Beau schätzt, daß insgesamt fast 50 Prozent dieser Altersklas-

se sich in einer sozial prekären Lage befinden. »No future« ist vom modischen Slogan zur bedrückenden Realität geworden.⁶

Ein derartiges Ausmaß von Jugendarbeitslosigkeit ist gewiß durch den allgemeinen Zustand des Arbeitsmarktes bedingt. Zusätzlich aber müssen besondere Ursachen im Mißverhältnis zwischen Bildungs- und Ausbildungssystem und den heutigen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft liegen. Die Probleme bündeln sich an einigen neuralgischen Punkten.

Abbildung: Jugendarbeitslosigkeit nach Bildungsabschlüssen



Quelle: Ministère de l'Éducation, a.a.O., S. 29

Problemzonen: Vorstädte, Gewalt, »Exclusion«

Die Handikaps sozialer Integration haben bekanntlich kumulative Wirkung: problematische Familien- und Wohnverhältnisse können zu Schul-schwierigkeiten führen (müssen es aber nicht), Schul-schwierigkeiten verbunden mit sozialer Not zu Aggressivität, Aggressivität und Lernverweigerung eines Teils der Schüler zur dramatischen Verschlechterung des schulischen Alltags,

unzureichende Qualifikation schließt die Integration in die Arbeitswelt aus, mangelnde Integrationskraft von Familie, Schule und sozialem Umfeld verbunden mit Arbeitslosigkeit von Erwachsenen und Jugendlichen ist die Vorstufe zu Kriminalität, Kriminalität zu Bandenbildung. Verbunden mit den sozio-kulturellen Spannungsfeldern der Ghetto-bildung durch Immigration entsteht so eine explosive Negativspirale gesellschaftlicher Desintegration, wie wir sie aus amerikanischen Verhältnissen, aber eben auch aus Problemvorstädten französischer Großstädte, den sogenannten

⁶ Vgl. Pascal Beau: Comment supprimer le chômage des jeunes?, Libération, 5. September 1996, S. 5.

Banlieues, kennen. Frankreichs Problemvorstädte sind deshalb zugleich bevorzugte Experimentierfelder sozialer, kultureller und pädagogischer Innovation geworden. Um die Zunahme der Arbeits-

losigkeit einzudämmen und die Gründung neuer Unternehmen zu erleichtern, hat die Regierung Juppé 1996 in Problemzonen von 38 Städten steuerbefreite Zonen eingerichtet.

Das Bildungswesen hat hier eine zentrale, besonders schwierige Aufgabe. In den Problemzonen ballen sich jene 10 Prozent an Schülern, die laut Fauroux-Bericht die Schule mit sechzehn Jahren ohne jegliches Diplom und ohne die Möglichkeit verlassen, an weiterführenden Ausbildungsgängen teilzunehmen. Hier greift auch die moderne Form des Analphabetismus um sich, die darin zum Ausdruck kommt, daß 14 Prozent der Kinder laut Fauroux-Bericht⁷ nach Abschluß der Grundschule kaum lesen und schreiben können.

Erziehungsminister Bayrou verstärkt deshalb die schon von seinen Vorgängern begonnenen Maßnahmen einer bevorzugten Förderung von Schulen in den 558 »Zones d'Education Prioritaires« (ZEP). Durch kleinere Klassen, Entsen-

dung besonders aktiver Lehrer, innovative Unterrichtsmethoden und außerschulische Begleitmaßnahmen erfolgt hier eine »positive Diskriminierung« zugunsten der am stärksten Benachteiligten. Diese Maßnahmen betreffen nach Angaben des Erziehungsministeriums immerhin 830 Schulen mit 11,3 Prozent der Schüler im öffentlichen Schulwesen. Die Resultate zeigen eine deutliche Verbesserung sowohl der schulischen Leistungen wie der sozialen Integration. Der Fauroux-Bericht empfiehlt deshalb eine Ausweitung dieser Vorgehensweise und eine breitere Nutzung der in einzelnen Schulen entwickelten pädagogischen Innovationen.

Darüber hinaus setzt er sich mit Nachdruck für eine Verbesserung der Grundausbildung für alle ein. Qualifizierte und qualifizierende Massenbildung soll laut Fauroux-Bericht vordringlich gefördert werden - in einem traditionell ausleseorientierten System wie dem französischen eine deutliche Aussage.

Chancengleichheit im Sinne des Fauroux-Berichts bedeutet aber nicht Senkung der Leistungsanforderungen, sondern deren Anhebung in den Grundqualifikationen: korrekt Französisch lesen, schreiben, sprechen; rechnen, Formen, Volumina und Proportionen auffassen;

sich in Raum, Zeit und der unmittelbaren Umgebung orientieren können; Dinge und Lebewesen beobachten, einfache Maschinen bauen können; den Körper und die künstlerische Sensibilität ausbilden; solidarisches Verhalten entsprechend den demokratischen Grundwerten entwickeln. Der Fauroux-Bericht nimmt damit die Vorstellungen einer für das öffentliche Schulwesen Frankreichs neuartigen ganzheitlichen Pädagogik wieder auf, die bereits in dem beachtlichen, von Mitterrand initiierten Bericht

Bildungspolitische Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung

Verbesserung schulischer Grundausbildung

⁷ Fauroux, a.a.O., S. 50.

des Collège de France aus dem Jahre 1985 enthalten sind. Auch Jacques Chirac setzt sich nachdrücklich für eine Verstärkung der musischen Bildung an französischen Schulen ein. Jeder soll ein Recht darauf haben, diese bei näherer Betrachtung durchaus anspruchsvolle und leistungsorientierte Grundausbildung zu erhalten; schlechte Schüler sollen wieder sitzenbleiben - was sofort einen öffentlichen Aufschrei auslöste - aber zugleich besonders gefördert werden.

Da die Grundqualifikationen für jeden weiteren Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsweg entscheidend sind, mißt die Fauroux-Kommission einer Aufwertung der Vor- und Grundschule hohe Bedeutung zu. Hierfür gibt es gerade in Frankreich durch die flächendeckende Ausstattung mit Kindergärten, die bezeichnenderweise als Schulen («Ecoles Maternelles») bezeichnet werden, gute Voraussetzungen.

Berufliche Bildung und Ausbildung

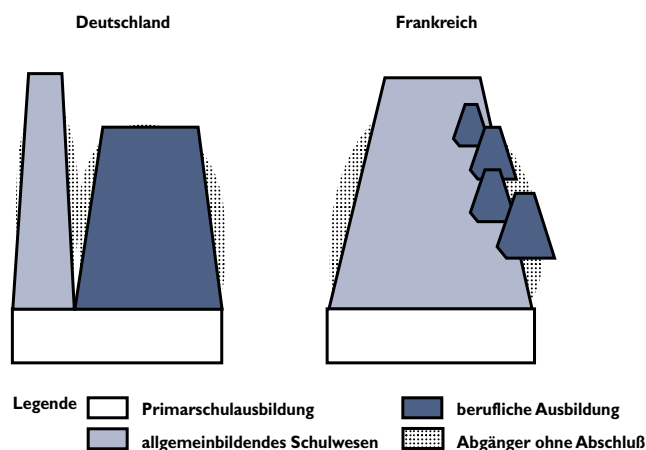
Über die Notlage in lokalisierbaren Problemzonen hinaus liegt eine der Hauptursachen der hohen französischen Jugendarbeitslosigkeit zweifellos in der mangelnden Verknüpfung schulischer Bildung und Ausbildung mit der Arbeitswelt in den Betrieben.

Während in Deutschland durch das duale System der Verknüpfung von betrieblicher Lehre und Berufsschule Jugendliche gerade der besonders von Arbeitslosigkeit bedrohten unteren Qualifikationsstufen schon früh Zugang zum Arbeitsleben finden, hat Frankreich traditionell auch die praktische und technische Ausbildung weitgehend dem Schulwesen anvertraut. Dies führt dazu, daß 1990 40,3 Prozent der Westdeutschen in der

Altersstufe 15-20 Jahre erwerbstätig waren, in Frankreich dagegen nur 12,15 Prozent; dieses Gefälle setzt sich in der Altersgruppe 20 - 25 Jahre fort: 77,8 Prozent in Westdeutschland, 63,75 Prozent in Frankreich.⁸

Um seine Ausbildungsaufgaben wahrzunehmen, hat das französische Bildungswesen eine Vielzahl von beruflichen Schulen entwickelt, die jeweils ein national anerkanntes Diplom erteilen, Grundlage aller weiteren beruflichen Chancen und Weiterqualifikation in höheren Ausbildungsstufen. Um so erschreckender ist es, daß laut Fauroux-Bericht 65.000 von 725.000 Jugendlichen

Abbildung: Qualifikationssysteme Deutschlands und Frankreichs im Modell



Quelle: L'évolution de quelques systèmes de formation professionnelle. Hrsg. von CEREQ Alsace. Straßburg 1990.

⁸ Vgl. Rothe, Georg: Die Systeme beruflicher Qualifizierung Frankreichs und Deutschlands im Vergleich, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit 1996.

⁹ Fauroux, a.a.O., S. 15.

einer Altersklasse das Bildungswesen ohne jedes Diplom verlassen.⁹ Zudem ist trotz aller Bemühungen, Lehrinhalte und Berufsbezeichnungen ständig an die Entwicklung der Berufswelt anzupassen, was zu einer kaum mehr zu überschauenden Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Ausbildungsgänge führte, in vielen Bereichen die Verbindung zwischen Diplom und realen Berufschancen zerrissen: Ursache zorniger Frustration in einem so diplomgläubigen Land wie Frankreich.

Seit den achtziger Jahren bemühen sich deshalb alle Regierungen mit Nachdruck, sich am deutschen Modell zu orientieren. Entgegen der französischen Tradition, die eine Lehre nur für die Altersschwächsten vorsah, soll ein duales System betrieblicher und schulischer Ausbildung neben das bisherige technische und berufsorientierte Schulwesen gestellt werden.

Ein erster Schritt war 1987 die Schaffung der »Baccalauréats techniques« (technisch orientierte Abiturzweige), die kurze Ausbildungsphasen in Unternehmen vorsehen. Es handelt sich hier aber eher um Praktika, für deren Betreuung viele Firmen nur unzureichend

gerüstet sind, als um ein Lehrverhältnis im deutschen Sinne. Nur wenige Unternehmen haben sich auf eine wirkliche Ausweitung von Lehrlingsausbildung über das unterste Niveau des Anlernens von kaum Qualifizierten hinaus eingelassen. Dies führt dazu, daß sich weniger als 10 Prozent der französischen Achtzehnjährigen in Lehrverhältnissen befinden (Ende 1994: 250.000, 174.000 bereiteten ein CAP, die unterste Stufe der Facharbeiterausbildung vor¹⁰ - gegenüber über 40 Prozent der entsprechenden Altersklasse in Deutschland. Einen weiteren Ausbau dualer Lehrverhältnisse vor allem für die sozial Benachteiligten fordert deshalb auch der Fauroux-Bericht. Darüber hinaus sollen in pädagogischer Partnerschaft zwischen Bildungswesen und Unternehmen Elemente beruflicher Praxis in alle Stufen der Ausbildung auch an den Hochschulen einbezogen werden.

Die späte Begeisterung für die in Frankreich seit der Revolution systematisch unterdrückte Zunfttradition der Lehrlingsausbildung wird allerdings dadurch gefährdet, daß die rasche wirtschaftliche und technologische Entwicklung die Ausbildung zu festen Lehrberufen immer problematischer macht.

Permanente Fortbildung statt beruflicher Erstausbildung?

Der Präsident der Kommission für Bildungswesen im Arbeitgeberverband (CNPF), De Calan, forderte deshalb 1995 den Verzicht auf lange Erstausbildungsgänge, die durch permanente innerbetriebliche Fortbildung in Form von »Ausbildungskrediten« ersetzt werden könnten.¹¹

Diesem Ziel soll die neue Form des 1983 geschaffenen »Contrat de qualification« dienen: Unternehmen stellen Jugendliche zu niedrigen Löhnen ein und geben ihnen eine gewisse qualifizieren-

de Betreuung. Zur Zeit bestehen ca. 99 000 derartige Ausbildungsverhältnisse. Auch der Fauroux-Bericht mißt dem Konzept lebenslangen Lernens hohe Bedeutung zu. Die französische Gesetzgebung, die die Unternehmen verpflichtet, 1,5 Prozent der Lohnsumme für Fortbildungsmaßnahmen einzusetzen, bietet hierfür gute Handhaben.

¹⁰ Fauroux, a.a.O., S. 165.

¹¹ Siehe Nouvel Observateur, 29.6.95, S. 12.

Massenuniversitäten: vom Ersticken bedroht?

Eine der Besonderheiten des französischen Bildungssystems, Stärke und Problem zugleich, ist das Nebeneinander von Elitehochschulen, den sogenannten Grandes Ecoles, und Universitäten. Die Grandes Ecoles bilden vor allem Ingenieure, Manager, eine kleine Zahl von Geistes- und Naturwissenschaftlern und den Spitzennachwuchs für Verwaltung und Politik aus. An der Spitzengruppe der ca. 90 Grandes Ecoles studieren ca. 5 Prozent aller Studenten.

Die Aufnahme in die Grandes Ecoles erfolgt aufgrund scharfer Wettbewerbsprüfungen mit beschränkter Stellenzahl, den sogenannten Concours, die streng leistungsbezogen die Quadratur des Kreises zwischen formaler Chancengleichheit und scharfer Auslese der an schulischen Kriterien gemessenen Besten darstellen. In einem elite- und auslesebezogenen System wie dem französischen prägen diese Concours das Bildungs- und Erziehungswesen weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus.

Anders als die Grandes Ecoles und einige Fachhochschulen (Instituts Universitaires de Technologie - IUT) dürfen die Universitäten keinerlei Eingangsauslese

ihrer Studenten durchführen. Entsprechend der französischen Tradition hat dies Auswirkungen auf das Prestige: »selektive« Studiengänge sind angesehen und begehrt. Dennoch stößt jeder Ver-

such, an den Universitäten mehr Auslese und damit eine bessere Kanalisierung der Studenten einzuführen, auf sofortige Revolte nicht nur der Betroffenen, sondern eines ideologisch und hochschulpolitisch aufgeladenen Umfelds.

Die Folge ist hoffnungslose Überfüllung aller Fächer, ganz unabhängig davon, ob sie besondere Berufsaussichten bieten oder nicht. Desorientierte Jugendliche flüchten sich ins Studium, das allemal attraktiver scheint als Arbeitslosigkeit und zumindest Hoffnung auf irgendein Diplom bietet. Infolgedessen hat sich die Studentenzahl zwischen 1981 und 1995 von 1.224.000 auf 2.075.000 fast verdoppelt, seit Beginn der sechziger Jahre hat sie sich versiebenfacht. Mit einundzwanzig Jahren befinden sich 30 Prozent der jungen Franzosen gegenüber 28 Prozent der Amerikaner, 15 Prozent der Deutschen und 12 Prozent der Engländer in einem Vollzeitstudium.¹² Entsprechend steigen die Kosten. Die Gesamtausgaben des französischen Staates für das Hochschulwesen haben sich seit 1975 mehr als verdoppelt und betragen 1994 86,5 Milliarden Francs.

Angesichts miserabler Studienverhältnisse und der Versuche in vielen Studienfächern, sich der Masse durch scharfe Prüfungen in den ersten Studienjahren zu erwehren, ist die Quote der Mißerfolge hoch. Laut Fauroux-Bericht¹³ erreichen 40 Prozent der Studenten nach drei bis vier Jahren nicht das DEUG (entspricht der deutschen Zwischenprüfung nach offiziell zwei Jahren). Nur 44 Prozent der Studenten erreichen das Niveau der eigentlich nach drei Jahren abzuschließenden Licence, des ersten wirklichen Universitätsdiploms.¹⁴

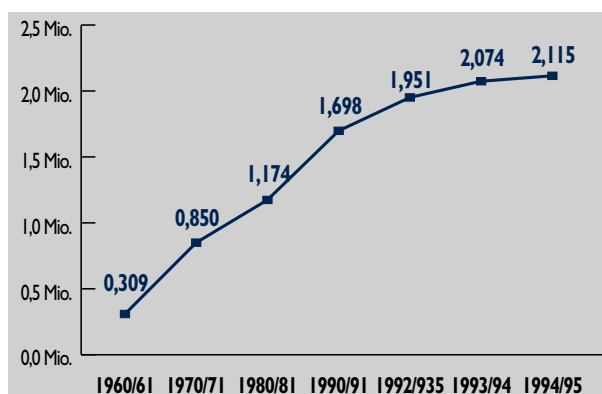
Die ersten zwei Jahre des Universitätsstudiums bilden also ebenfalls eine vorrangige Problemzone des französischen Hochschulsystems. Es läge nahe,

¹² Ministère de l'Education Nationale, a.a.O., S. 56.

¹³ Fauroux, a.a.O., S. 129.

¹⁴ Ministère..., a.a.O., S. 62.

Abbildung: Anzahl der Studierenden an französischen Hochschulen (in Tsd.)



Quelle: Ministère de l'Education nationale, Direction de l'évaluation et de la prospective

den Knoten durch strikte Numerus-clausus-Regeln durchhauen und die Studentenzahlen durch höhere Leistungsanforderungen drastisch zurückfahren zu wollen, also offene »sélection« zu betreiben, auch wenn dies auf immensen Widerstand stoßen würde.

Politisch verständlich ist, weshalb Erziehungsminister Bayrou dies weit von sich weist. »Sélection«? - nimmermehr, höchstens eine bessere Orientierung der Studenten, um auf diese Weise einen besseren Studienerfolg zu gewährleisten. Aber auch der Fauroux-Bericht, der keine derartigen Rücksichten zu nehmen hätte, lehnt eine Restriktion des Zugangs zu den Universitäten ab.

Dies nicht nur deshalb, weil damit die Probleme der abgewiesenen Jugendlichen nur auf andere, hierfür nicht vorbereitete Instanzen der Ausbildung und sozialen Integration verlagert werden müßten. Der Fauroux-Bericht hält vielmehr an der seit den sechziger Jahren verfolgten französischen Politik einer systematischen Höherqualifikation der gesamten Bevölkerung fest. »Der weitgespannte Zugang einer Altersklasse zum Hochschulstudium ist, langfristig gesehen, eine Stärke für jene Nationen, die sich angemessene Mittel geben, um diesen Bedarf zu befriedigen«. Noch vor kurzem war der Studentenanteil in Frankreich im Vergleich zu anderen OECD-Ländern relativ niedrig: 1991 lag er in den USA bei 65 Prozent, in Japan bei 53 Prozent, gegenüber 42,6 Prozent in Deutschland und 44,4 Prozent in Frankreich (dagegen 27,7 Prozent in Großbritannien).¹⁵

So wie sie heute aussehen, sind die Universitäten für diesen Andrang und für die Funktion einer höheren Grundausbildung für die breite Studentenmasse allerdings schlecht gerüstet. Der Fauroux-Bericht fordert deshalb eine Neuorientierung der ersten beiden Studienjahre:

mehr Grundqualifikation, mehr Interdisziplinarität, eine bessere pädagogische Betreuung, wirklich sinnvolle Abschlüsse schon nach zwei Studienjahren. Dies bedeutet an dieser strategisch wichtigen Stelle höhere Investitionen, mehr Personal, also deutlich mehr Geld.

Auch Erziehungsminister Bayrou konzentriert seine Maßnahmen im Universitätsbereich auf die ersten beiden Jahre, verfügt allerdings nach einigen Konzessionen an die Streikenden des Herbstes 1995 über keine zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten. Nach seinem am 18. Juni 1996 bekanntgegebenen Aktionsplan soll ab 1997/98 in breiter Konsultation mit allen Betroffenen dennoch eine schrittweise Hochschulreform durchgeführt werden. Als Sofortmaßnahme sind Tutorate erfahrenerer Studenten für die Studienanfänger vorgesehen. Statt »sélection« soll die berufs- und studienberatende Orientierung der Schüler und Studenten verstärkt werden. Die soziale Lage der Studenten soll verbessert werden. Der technologische Bereich des Hochschulsystems soll ausgebaut werden. Alle Studenten sollen berufsorientierte Praktika absolvieren. Zur besseren Ausnutzung der Infrastruktur ist eine Teilung des Studienjahrs in Semester vorgesehen.

Eines dieser Semester soll in Zukunft im Ausland verbracht werden. Deutlich ist aber auch hier die Absicht, sich durch weitere Internationalisierung des Bildungsangebots auf die Herausforderungen der Globalisierung einzustellen.

Insgesamt befindet sich das französische Bildungssystem also trotz mancher Blockierungen und Absurditäten weiter auf dem Weg der Vorwärtsverteidigung. Nicht Abbau ist angesagt, sondern Umbau durch mehr Allgemeinbildung, Praxisnähe, Flexibilität, Dezentralisierung und internationale Offenheit.

Orientierungshilfen statt Selektion

¹⁵ Fauroux, a.a.O., S. 129.

Aktuelle Publikationen

HANDELN FÜR EUROPA · Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. / Red.: Axel Sauder, Joachim Schild / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); Institut Français des Relations Internationales (IFRI) - Opladen: Leske und Budrich, 1995. - 388 S.

AGIR POUR L'EUROPE · Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide. / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); Institut Français des Relations Internationales (IFRI) / Coordination: Hans Stark - Paris u.a.: Masson, 1995. - 371 S.

FRANKREICH-JAHRBUCH 1995 · Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin u.a. Red.: Henrik Uterwedde. / Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg - Opladen: Leske und Budrich, 1996. - 291 S.

NEUMANN, WOLFGANG; UTERWEDDE, HENRIK: Raumordnungspolitik in Frankreich und Deutschland. / Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.). - Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1994. - 146 S.

aktuelle frankreich analysen

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.)

Asperger Straße 34 · D-71634 Ludwigsburg

Telefon (07141) 9303-0 · Telefax (07141) 9303-50 · E-mail: DFI-LB@T-Online.de

Die aktuellen frankreich-analysen erscheinen mehrmals im Jahr / Red. Joachim Schild

Bisher erschienene aktuelle frankreich-analysen:

J. SCHILD/H. UTERWEDDE: FRANKREICH NACH DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN, Juni 1995. - 10 S.

J. SCHILD: EU '96: EINE REFORM MIT, OHNE ODER GEGEN DIE BEVÖLKERUNG?, März 1996. - 12 S.

W. NEUMANN: SOZIALSTAAT IN DER KRISE, Juli 1996. - 12 S.

H. UTERWEDDE: PRIVATISIERUNGSPOLITIK IN FRANKREICH, Oktober 1996. - 12 S.

Geplante Themen der nächsten Ausgaben:

- Regierung Juppé ohne Unterstützung? - Popularitätsverfall, Reformblockaden und Risse im Regierungslager
- Frankreich, Deutschland und die Währungsunion

NÄHERE INFORMATIONEN über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unserer Internet-Homepage unter folgender Adresse:
http://ourworld.compuserve.com/homepages/DFI_LB